Deutscher Bundestag **Drucksache 16/7906**

16. Wahlperiode 28. 01. 2008

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Rainder Steenblock und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/4155 –

Anforderungen an eine strategische Partnerschaft der EU mit Russland

A. Problem

Sein Erdgas- und Erdölreichtum verschafft Russland international eine strategisch starke Stellung, die zunehmend zur Ausübung wirtschaftlichen Drucks ausgenutzt wird. Davon sind in erster Linie Staaten der GUS betroffen, aber auch Länder in der EU. Die Verlässlichkeit vertraglich vereinbarter Lieferungen ist jedoch Voraussetzung einer vertrauensvollen Zusammenarbeit.

Die Transformation Russlands als Teil der früheren Sowjetunion in eine offene Gesellschaft stellt nach wie vor eine schwierige Herausforderung dar. Indem Russland 1996 dem Europarat beigetreten ist, hat es sich allerdings dessen Konventionen und Standards verpflichtet und muss aktiv deren Umsetzung betreiben. Insbesondere seit Beginn der Präsidentschaft Wladimir Putins im Jahre 2000 ist diesbezüglich jedoch eine negative Entwicklung festzustellen. Die aktuelle Situation in den Bereichen Menschenrechte, Demokratie und Pressefreiheit sowie der starke Einfluss des Geheimdienstes FSB, die Schwächung unabhängiger zivilgesellschaftlicher Organisationen und die Lage in Tschetschenien sowie im Nordkaukasus bereiten Anlass zur Sorge.

Der Deutsche Bundestag sollte vor diesem Hintergrund darauf bedacht sein, dass im Rahmen der engen deutsch-russischen Beziehungen Themen wie Demokratie, Stärkung der Zivilgesellschaft, Umweltschutz und Menschenrechte nicht in den Hintergrund treten. Grundlage einer stabilen Partnerschaft muss ein gemeinsamer Wertekanon sein, der über wirtschaftliche Beziehungen und eine Politik der friedlichen Koexistenz und der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten hinausgeht.

Die Bundesregierung sollte während der EU-Ratspräsidentschaft daher für eine gemeinsame Strategie der EU gegenüber Russland als Verhandlungsgrundlage für ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen eintreten. Weiterhin sollte das Abkommen ein Monitoringverfahren zur Überprüfung menschenrechtlicher und rechtsstaatlicher Standards beinhalten und die Einhaltung vertraglicher Lieferverpflichtungen stärken. Auch die Förderung erneuerbarer Energien sowie eine gesteigerte Energieeffizienz sollten Schwerpunkte sein.

Im Medienbereich ist es geboten, staatliche Kontrollen abzubauen und unabhängige Medien zu stärken. Hierzu gehört auch eine transparente Aufklärung der Ermordung Anna Politkowskajas. Die Zusammenarbeit in den Bereichen Gesetzgebung, Justiz und Strafvollzug ist weiterzuentwickeln. Die russische Regierung sollte zur Förderung zivilgesellschaftlicher Ansätze sowie einer pluralistischen Parteienlandschaft aufgefordert werden. Repressionen, insbesondere gegenüber Menschen kaukasischer Herkunft, müssen beendet werden. Ferner sollte die russische Regierung von der Notwendigkeit der Zulassung unabhängiger Untersuchungen der Haftbedingungen in russischen Strafanstalten, insbesondere durch den UN-Sonderbeauftragten für Folter, überzeugt werden.

Darüber hinaus erscheint es geboten, dass Russland seinen Einfluss auf die iranische, sudanesische und serbische Regierung nutzt, um konstruktiv zur Beilegung des Atomstreits und der Darfur-Krise sowie zur Klärung des Status des Kosovo beizutragen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/4155 abzulehnen.

Berlin, den 16. Januar 2008

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz Vorsitzender	**Manfred Grund** Berichterstatter	**Markus Meckel** Berichterstatter	**Dr. Werner Hoyer** Berichterstatter
	Wolfgang Gehrcke Berichterstatter	**Marieluise Beck (Bremen)** Berichterstatterin	

Bericht der Abgeordneten Manfred Grund, Markus Meckel, Dr. Werner Hoyer, Wolfgang Gehrcke und Marieluise Beck (Bremen)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/4155** in seiner 79. Sitzung am 1. Februar 2007 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Haushaltsausschuss, dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 42. Sitzung am 25. April 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 53. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 48. Sitzung am 12. Dezember 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 30. Sitzung am 21. März 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung.

III. Beratung im Auswärtigen Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 55. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Berlin, den 16. Januar 2008

Manfred Grund
Berichterstatter

Markus Meckel
Berichterstatter

Dr. Werner Hoyer
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Marieluise Beck (Bremen)
Berichterstatterin

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333